

**Zeitschrift:** Wohnen  
**Herausgeber:** Wohnbaugenossenschaften Schweiz; Verband der gemeinnützigen Wohnbauträger  
**Band:** 40 (1965)  
**Heft:** 3  
  
**Rubrik:** Rundschau

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 14.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# rundschau

## Grundstückgewinnsteuer 40 Millionen

Das Steueramt der Stadt Zürich behandelte gemäß Geschäftsbericht im Jahre 1963 1222 Grundstücksgeschäfte, von denen 716 einen steuerpflichtigen Gewinn von 178 Millionen Franken abwarfen. Die pflichtigen Fälle ergaben einen Steuerertrag von 39,8 — im Vorjahr 35,2 — Millionen Franken, was 22,4 Prozent der Gesamtgewinne ausmacht. Die größten Gewinne beliefen sich auf 10,2 Millionen Franken bei einer Besitzdauer von 20 Jahren, wobei die Grundstücksgewinnsteuer bei diesem Geschäft 2,05 Millionen Franken abschöpfte. Bei einem anderen Grundstückshandel wurde ein Gewinn von 5,7 Millionen Franken realisiert, wobei für den Fiskus 1,1 Millionen Franken Steuerertrag herauschauten. Ein drittes Geschäft brachte einen Gewinn von 3,3 Millionen Franken, wobei 662 510 Franken an Steuern bezahlt werden mußten.

## Winterthur: 8 Millionen Franken für den Wohnungsbau

In der ersten Sitzung des neuen Jahres genehmigte der Große Gemeinderat von Winterthur zuhanden der Gemeindeabstimmung einen Rahmenkredit von 8 Millionen Franken für die Förderung des Wohnungsbaues. Die Gelder sind gemäß den im einzelnen separat zu behandelnden Vorlagen bestimmt für die Gewährung von Grundpfanddarlehen, wobei in erster Linie Wohnbaugenossenschaften und gemeinnützige Institutionen berücksichtigt werden sollen.

## 200 neue Wohnungen in Biberist

Seit Jahren kämpfen die Behörden der bald 8000 Einwohner zählenden Solothurner Industriegemeinde Biberist gegen die bestehende Streubauweise und bemühen sich, ein geschlossenes Dorfbild zu schaffen. Der Gemeinderat hat nun einem von der Ortsplanungskommission vorgelegten besonderen Bebauungs- und Zonenplan «Untere Neumatt» und der dazugehörigen Bauordnung die Genehmigung erteilt. Mit diesem Beschluß hofft man, dem erstrebten Ziel einen weiteren Schritt näherzukommen. In der Wohnzone «Untere Neumatt» sind ein- bis zehngeschossige Bauten mit zusammen über 200 Wohnungen vorgesehen, darunter drei Hochhäuser mit zehn Geschossen.

## Über Wohnkultur

Die am unvollkommensten eingerichteten Wohnungen Deutschlands haben Fami-

lien, in denen die Eltern jünger als 38 Jahre sind. Nur 24,5 Prozent jüngerer Ehepaare brachten es in mehr als 12, teils sogar 15 gemeinschaftlichen Berufsjahren zur lückenlos eingerichteten, minimal 65 Quadratmeter großen Wohnung, von der gesagt werden kann, es herrsche «Wohnkultur». Von soziologischer Seite wird die «Einrichtungsgrenze» bei 38 Jahren als Beweis dafür angesehen, daß es immer noch recht schwer ist, es zu etwas zu bringen, und sei es zu einer behaglich eingerichteten Wohnung. Normalerweise sollten Eheleute schon zehn Jahre früher über eine gut eingerichtete Wohnung als «Lebensbasis» verfügen.

## Bauindustrie: Produktivität hat in Deutschland weiter zugenommen

Das Bauvolumen des Jahres 1963 in der deutschen Bundesrepublik ist trotz den erheblichen Winterausfällen um mindestens 3 Prozent höher gewesen als 1962. Dies erklärt der Hauptverband der deutschen Bauindustrie in seinem neuesten Konjunkturausweis. Daß dieses Ergebnis trotz dem Rückgang der geleisteten Arbeitsstunden erzielt worden ist, sei auf die weiter gestiegene Produktivität der Bauwirtschaft zurückzuführen.

## Wohnungsbau in Spanien

Der spanische Wohnungsbau geht seit dem Inkrafttreten — im Jahre 1961 — des «Plan Nacional de la Vivienda» in einem steigenden Rhythmus weiter. Bis 31. Dezember 1960 waren 7 826 869 Wohnungen eingetragen worden. Es handelte sich damals praktisch um die erste vollständige Zählung überhaupt, die jemals in Spanien bis anhin durchgeführt wurde. In den Jahren 1961 bis 1964 wurden weitere 736 407 Wohnungen fertiggestellt. Demnach sollte es heute in Spanien rund achteinhalb Millionen Wohnungen geben. In allen Jahren des erwähnten Planes sind die vorgesehenen Zahlen wesentlich übertroffen worden. Im Jahre 1963 wurden 37,3 Prozent mehr Wohnungen gebaut als planmäßig vorgesehen waren. Das Jahr 1964 dürfte einen ähnlichen Prozentsatz aufweisen.

## Kredite für den spanischen Wohnungsbau

In den letzten Jahren haben die Sparkassen mit 15 Milliarden Peseten zum Wohnungsbau beigetragen. Augenblicklich beträgt der Saldo der für den sozialen Wohnungsbau genehmigten Kredite insgesamt 27 Milliarden Peseten.

## Wohnbauförderung in den USA

Präsident Johnson hat ein Gesetz unterzeichnet, das die Förderung der Wohn-

bautätigkeit zum Ziele hat und zu diesem Zweck öffentliche Mittel im Betrag von über eine Milliarde Dollar einsetzt. Der Präsident wies bei dieser Gelegenheit auf die Bedeutung des Wohnungsbaus und unterstrich, daß es eine moralische Pflicht des Staates sei, jedem Bürger eine rechte Wohnung zur Verfügung zu stellen. Übrigens ist der vom Kongreß bewilligte Kredit erheblich kleiner als jener, der von Präsident Johnson verlangt worden ist. Mit dem gestrichenen Betrag hätten Großüberbauungen am Rande der Städte finanziert werden sollen.

## Amerika, du hast es besser!

Einer Zeitungsmeldung zufolge soll ein Neuyorker Hausbesitzer allen Leuten, die bei ihm eine Wohnung mieten, sieben Tage Gratisaufenthalt in Puerto Rico anbieten, damit sich die neuen Mieter von den «Anstrengungen des Umzugs» erholen können! In der Schweiz würde eher das Gegenteil anzutreffen sein: Der Mieter nämlich, der dem Hausbesitzer eine Woche Winterferien in St. Moritz offeriert, damit er überhaupt die Wohnung kriegt...

## Bekämpfung des Wohnungsdefizites in Brasilien

In Brasilien fehlen fünf bis sechs Millionen Wohnungen. Dieses Defizit, bei dem allein die Städte eingerechnet sein dürften, soll jährlich um 300 000 bis 400 000 Wohnungen zunehmen. Für diese Entwicklung ist die starke Zuwanderung in die Städte sowie in erster Linie die Tatsache verantwortlich, daß die Inflation das Bausparen unmöglich gemacht hat. Das Parlament hat nunmehr ein Programm für den nationalen Wohnungsbau angenommen, auf das die Regierung besonderes Gewicht legt, weil sie damit zusätzliche Arbeitsmöglichkeiten schaffen will. Es soll eine «Nationalbank für den Wohnungsbau» mit einem Anfangskapital von 1 Milliarde Cr. gegründet werden, an die alle Unternehmen 1 Prozent ihrer monatlichen Lohn- und Gehaltszahlungen abführen müssen. Die Regierung wird dafür sorgen, daß die Bauvorhaben anderer öffentlicher Stellen mit denen der Bank koordiniert werden. Die Bank wird ermächtigt, Obligationen auszugeben, die 8 Prozent Zinsen geben und durch Verbindung mit einem Index gegen die Entwertung durch Inflation geschützt werden sollen. Andererseits sollen die Käufer der Wohnungen neu festzusetzende Abzahlungen und Zinsen zahlen, sobald die Mindestlöhne erheblich verändert werden.